

likationsniveau. Der Anteil der geringer berufsbildend qualifizierten Arbeiter liege demgegenüber deutlich darüber. So sei der Anteil der städtischen Arbeiter mit einer beruflichen Grundbildung mit 43% und derjenigen mit mittlerem Qualifikationsniveau mit 36% zu beziffern. Der Ausbildungsstand von Migranten aus den ländlichen Gebieten sei bei der beruflichen Bildung dagegen weit alarmierender. Von den geschätzten 150 Mio. ländlichen Arbeitskräften in den Städten hätten weniger als 15% überhaupt eine berufliche Ausbildung erhalten.

Obwohl diese Kennzahlen verdeutlichen, dass die Verbreitung von beruflicher Bildung in der Bevölkerung noch längst nicht der Nachfrage des Arbeitsmarktes entspricht, verwies Wang trotzdem auf die Vielzahl von neu gegründeten Schulen im Jahr 2005. So seien zusätzlich 14.500 neue primäre berufliche Bildungseinrichtungen und 1.091 Schulen für höhere berufliche Bildung eingerichtet worden. (XNA, 20.5.06) -kw-

Gesellschaft

Günter Schucher

Gesundheitsversorgung auf dem Lande soll verbessert werden

Auf einer nationalen Konferenz zur Überwachung der Sozialversicherungsfonds machte Liu Yongfu, stellvertretender Minister für Arbeit und soziale Sicherung, am 25. April in Guiyang Angaben zum Fortschritt der Sozialversicherung. Ende 2005 waren danach

in die Rentenversicherung 173 Mio. Menschen, in die Krankenversicherung 137 Mio., die Arbeitslosenversicherung 106 Mio., in die Unfallversicherung 80 Mio. und in die Mutterschaftsversicherung 53,8 Mio. einbezogen. Die Einlagen der Sozialversicherungsfonds stiegen mit einer Rate von 20% und erreichten Ende 2005 1,84 Billionen Yuan (227,3 Mrd. US\$) bzw. 10% des BIP.

Die Deckungsrate der Krankenversicherung ist damit in den letzten Jahren immens gestiegen, waren doch im Jahr 2000 erst 37,9 Mio. Menschen einbezogen. Dennoch ist die Zahl, verglichen mit einer Bevölkerung von 1,3 Milliarden, natürlich gering. Vor allem die ländliche Gesundheitsversorgung ist nach wie vor völlig unzureichend und ist zu einem der Hauptgründe für soziale Unruhe unter der Bauern geworden.

Nach Angaben des neuesten *Grünbuchs für Gesundheit*, das von der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften herausgegeben wird, hat sich die Qualität des Gesundheitswesens mit den staatlichen Reformen nicht verbessert, sondern es ist im Gegenteil ineffizienter und ungerechter geworden. Ursächlich dafür ist neben der Kommerzialisierung von Gesundheitsdiensten in erster Linie der Rückzug des Staates aus der Finanzierung des Gesundheitswesens. 2002 machten Ausgaben für medizinische Versorgung nur 3,9% aller Regierungsausgaben aus, 1978 waren es noch 6,1% gewesen.

Die Reform hat die Versorgung in die Hände lokaler Regierungen gelegt und es den Krankenhäusern ermöglicht, über den Verkauf von Medikamenten und neue Behandlungsmethoden Gewinne zu machen. Indem das Verschreiben von Medikamen-

ten, ihr Verkauf und die Behandlung von Patienten in dieselben Hände gelegt wurden, wurden außerdem der Kollusion von Pharmaunternehmen und Krankenhäusern bzw. Ärzten und letztlich auch der Korruption Tür und Tor geöffnet. Diese Tendenz wurde unterstützt durch die niedrigen Löhne des medizinischen Personals, das daraufhin starke Anreize zur Verschreibung von mehr Medikamenten als notwendig hat.

Im Ergebnis sind die medizinischen Kosten explodiert und entsprechend der Zahlungsfähigkeit lokaler Regierungen hat die regionale Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung ein destabilisierendes Ausmaß angenommen. Dem *Dritten nationalen Gesundheitssurvey* zufolge stiegen von 1993 bis 2003 die durchschnittlichen Kosten für einen Krankenhausbesuch, also eine ambulante Behandlung, in den Städten von 49 auf 120 Yuan (+145%) und auf dem Lande von 22 auf 50 Yuan (+127%). Eine stationäre Behandlung verteuerte sich durchschnittlich in der Stadt von 1.607 auf 4.178 Yuan (+160%) und auf dem Lande von 541 auf 1.455 Yuan (+169%). Zwar stieg das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen im gleichen Zeitraum noch mehr (in der Stadt um 229% und auf dem Land um 184%), aber durch den erhöhten Eigenanteil wurden die Gesundheitsausgaben zu einer starken Belastung. Da die Kranken in der Regel ihre Behandlung im Voraus bezahlen müssen, können sich viele diese nicht mehr leisten.

Nach einem Bericht des Gesundheitsministeriums für 2003 verzichtet jeder zweite Kranke auf eine Behandlung und medikamentiert sich selbst. Sieben von zehn dafür vorgesehene Patienten verzichten auf einen

Krankenhausaufenthalt. 68% der Gesundheitsausgaben wurden 2002 von den Patienten selbst getragen, 1980 waren es nur 36%. Im gleichen Zeitraum sanken die Regierungsausgaben von 32% auf 15%. Dies hat auch Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, wird die soziale Absicherung doch als eine der Hauptursachen für die hohe Sparquote der Chinesen gesehen. Eine bessere Gesundheitsversorgung ist nach Angaben des Development Research Centre des Staatsrats eine Voraussetzung für mehr privaten Konsum.

Auch dies ist ein Grund, dass Ministerpräsident Wen Jiabao auf der März-Sitzung des Nationalen Volkskongresses ankündigte, die Regierung wolle das Pilotprogramm für eine ländliche Gesundheitsversicherung ausweiten und in den nächsten fünf Jahren 20 Mrd. Yuan in die Gesundheitsversorgung auf dem Lande investieren. Damit soll die Ausrüstung ländlicher Kliniken und Gesundheitszentren verbessert werden und 4,2 Mrd. Yuan zusätzlich sollen in die Fonds des ländlichen Systems einer kooperativen Gesundheitsversorgung fließen. In diese Fonds zahlen bisher die Bauern, die Lokalregierung und die Zentralregierung jeweils 10 Yuan pro Jahr. Künftig soll der Regierungsanteil auf 40 Yuan im Jahr verdoppelt werden. Damit deckt die Regierung dann maximal 65% der medizinischen Kosten.

Dieses kooperative System wurde im Jahr 2003 versuchsweise eingeführt und versicherte im Jahr 2005 177 Mio. Landbewohner in 671 Gemeinden. Noch in diesem Jahr soll es evaluiert und auf 1.145 Gemeinden (40% aller Gemeinden) ausgeweitet werden. Bis zum Jahr 2008, so Wen, sollen dann die

Grundlagen für ein ländliches Gesundheitssystem gelegt sein.

Kritiker halten die bloße Ausweitung der Finanzmittel für unzureichend und weisen auf fehlende bzw. nicht umfassend angelegte Regularien. Nicht weniger als 12 verschiedene Abteilungen und Ministerien mit z.T. sich überschneidenden Kompetenzen würden an der Planung und Koordinierung der Reformen beteiligt sein. (XNA, 30.3., 3.4., 25.4.06; SCMP, 28.4., 25.5.06; ST, 27.5.06; NfA, 4.4.06; WSJ, 1.5.06)

„Drei Wechsel“ in der Umweltpolitik gefordert

Als am 20. Mai 7.000 Bauarbeiter die Fertigstellung der Hauptdammmauer am Drei-Schluchten-Staudamm feierten, fehlten hochrangige Staatskader. Die Fertigstellung erfolge erst in zwei Jahren, hieß es von offizieller Seite, aber die Vermutung liegt nahe, dass sich kein Spitzenpolitiker im Zusammenhang mit dem umstrittenen Projekt zeigen wollte. Zwar soll durch die 26 Turbinen des Damms, die 2009 ihre volle Kapazität erreicht haben werden, die Abhängigkeit Chinas von der umweltbelastenden Kohle um 50 Mio. Tonnen im Jahr reduziert werden, aber dennoch gilt das Staudammprojekt vielen Beobachtern als Symbol für eine Wirtschaftspolitik, die die Schädigung der Umwelt rücksichtslos in Kauf nimmt.

An jedem zweiten Tag seit dem Chemieunfall am Songhua-Fluss im November 2005, so der Leiter der staatlichen Umweltschutzbehörde (SEPA), Zhou Shengxian, sei es in China zu einem Umweltunfall gekommen. Acht dieser 76 Unfälle seien schwer

gewesen. In 97,1% aller Umweltunfälle in 2005 sei es zur Freisetzung von belastenden Stoffen gekommen, allein die Kontamination von Wasser mache die Hälfte aller Fälle aus (50,6%), bei fast 40% wurde die Luft verschmutzt. Alle Unfälle zusammen haben zu direkten wirtschaftlichen Kosten in Höhe von 105 Mio. Yuan (13,1 Mio. US\$) geführt. 340 Mio. Menschen im ländlichen China haben keinen Zugang zu trinkbarem Wasser. Und würde China so fortfahren wie bisher, dann würde der Grad der Umweltverschmutzung in 15 Jahren viermal so schlecht sein.

Umweltfragen seien dementsprechend in steigendem Maße für soziale Konflikte verantwortlich und würden die soziale Stabilität bedrohen. Allein 510.000 Konflikte um Fragen der Umweltverschmutzung habe es 2005 gegeben. Die Zahl der Beschwerden bei der SEPA sei in den letzten Jahren um 30% pro Jahr gestiegen.

Mit der Umweltproblematik befasste sich auch eine zweitägige Konferenz am 18. und 19. April in Beijing, bezeichnenderweise zeitgleich mit dem schlimmsten Sandsturm seit Jahren. Im Mittelpunkt stand eine Rede von Ministerpräsident Wen Jiabao, der beklagte, dass von den Zielen des 10. Fünf-Jahres-Plans (2000-2005) allein die Umweltziele nicht erreicht wurden – und sogar neue entstanden seien. So sollte der Schwefeldioxid-Ausstoß um 10% reduziert werden, aber nur 2% wurden verwirklicht. Die Gründe für dieses Versagen sah Wen in unzureichender Beachtung des Umweltschutzes, in einer extensiven Wachstumsstrategie und einer falschen Industriestruktur sowie in der zu laßen Umsetzung der Umweltschutzgesetze.

Umweltschutz sei das schwächste Glied in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Dies macht auch ein Weißbuch der chinesischen Regierung mit dem Titel *Environmental Protection in China (1996-2005)* deutlich, das Anfang Juni veröffentlicht wurde (<http://www.china.com.cn/english/MATERIAL/170257.htm>). Trotz der Bemühungen von 500.000 Mitarbeitern der Umweltschutzbehörde verschlechterte sich die Lage kontinuierlich.

Für die Zukunft forderte Wen „drei Wechsel“: von einer Politik, die Umweltschutz vernachlässigt und Wirtschaftswachstum betont, hin zu einer Politik, die Umweltschutz und Wirtschaftswachstum gleichermaßen betont; von einer Situation, in der Umweltschutz hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben ist, hin zu einer simultanen Entwicklung von Umweltschutz und Wirtschaftsentwicklung, so dass Wirtschaftsentwicklung nicht zu weiteren Umweltschäden führt; von allein administrativen Praktiken hin zu einem Umweltschutz, der sich gesetzlicher, wirtschaftlicher, technischer und auch administrativer Methoden gleichermaßen bedient. Notwendig seien Veränderungen in acht Aspekten, vor allem im Verantwortlichkeitssystem. Lokale Kader müssen für die Qualität der Umwelt verantwortlich gemacht werden, d.h. diese und der Umweltschutz müssen in die Beurteilung ihrer Leistungen eingehen. Ab diesem Jahr sollen der Energieverbrauch und der Schadstoffausstoß der lokalen Industrien halbjährlich veröffentlicht werden. Außerdem sollen ein Kontrollsystem für Schadstoffe eingeführt und die Bauprojekte stärker auf ihren Umwelteinfluss hin evalu-

iert werden. Regionale Entwicklungs- und Schutzpolitiken sollen formuliert und die Anstrengungen zur Umsetzung bestehender Gesetze intensiviert werden. Neue Methoden sollen bei der Lösung von Umweltproblemen helfen und mehr Mittel in den Umweltschutz fließen. Und schließlich sollen die Überwachungs- und Kontrollkapazitäten erhöht werden.

Mit Hilfe dieser Maßnahmen, vor allem durch veränderte Anreizsysteme für die lokalen Kader und die „drei Wechsel“, sollte die Industriestruktur so angepasst werden, dass Umweltschädigungen bereits an der Quelle verhindert würden. So könnten dann auch die umweltpolitischen Ziele des 11. Fünf-Jahres-Programms erreicht werden: Bis zum Jahre 2010 soll sich die Umweltqualität in Schlüsselregionen und -städten verbessert und der generelle Trend der Verschlechterung der ökologischen Situation grundsätzlich gestoppt worden sein. Der Energieverbrauch soll dann um 20% unter dem vom Ende des 10. Fünf-Jahres-Plans liegen, der Schadstoffausstoß soll um 10% verringert werden und der Anteil bewaldeter Gebiete von 18,2% auf 20% gestiegen sein. (*The Economist*, 27.5.06; taz, 22.5.06; ST, 15.5.06; XNA, 9., 19.4., 4.5.06; XNA, 18.4.06, nach BBC PF, 20.4.06 und 9.5.06; WSJ, 19.4.06; NfA, 22.5.06; *tagesanzeiger online*, 5.6.06)

Kulturreform, Kulturoffensive und Zensur

Die „Reform des Kultursystems“ soll nach dem Willen der chinesischen Führung dazu beitragen, alle kulturellen Unternehmungen zur Blüte zu führen und dem Kulturwesen

zu schnellem Wachstum zu verhelfen. Vor allem auf dem Lande soll das kulturelle Angebot erweitert werden und auch im Ausland soll sich die chinesische Kultur besser darstellen können. Um dieses Ziel zu erreichen, soll – so sieht es das neue Fünf-Jahres-Programm vor – für die Kulturindustrie „eine flexiblere Umgebung“ geschaffen werden. Konkret heißt dies, dass sich alle kulturellen Bereiche – von Künstlern über Verlage bis hin zu Buchhandlungen, Kinos, Theatern und Kulturproduzenten – allmählich nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten restrukturieren. Nur wenige sehr wichtige kulturelle Einheiten sollen weiter vom Staat Unterstützung erhalten, heißt es in Richtlinien zur Vertiefung der Reform des Kultursystems, die gemeinsam vom ZK der KPCh und vom Staatsrat im Januar herausgegeben wurden. Ansonsten sollen verschiedene Eigentumsformen „Seite an Seite“ existieren, Privatkapital wird ausdrücklich zu Investitionen ermuntert.

Die Marktöffnung hat dabei zwei Seiten: Zum einen soll sie helfen, das große Defizit an kulturellen Produkten zu beseitigen und die Profitabilität der Kulturindustrie zu heben; zum anderen hat die chinesische Regierung durchaus erkannt, dass mehr Markt nicht automatisch zu einem Verlust an Definitionsmacht führt. Im Gegenteil scheint sie, wie schon in anderen wirtschaftlichen Bereichen, darauf zu setzen, dass mit mehr Markt und mehr Vielfalt oder auch Entfaltung im Kulturwesen kritische Stimmen auch abgemildert werden können. Insofern widerspricht die Reform auch nicht dem gleichzeitigen Bestreben, das Monitoring über den Kulturmarkt zu verbessern.

Auf einer nationalen Trainingsveranstaltung vom 19. bis 23. April wurden 150 Mitarbeiter aus Propagandaabteilungen darauf vorbereitet, künftig „die Beziehung zwischen den ideologischen Eigenschaften von Kultur und den industriellen Eigenschaften von Kultur“ angemessen handhaben zu können. Und die Künstler im Beijinger Dashan-zi Art District mussten zwar eine überraschende Razzia hinnehmen und durften einige Werke bei ihrem dritten Kunstfestival nicht ausstellen, aber erstens wurde ihnen dies nur „geraten“ und zweitens betraf der Rat längst nicht alle kritischen Werke. Die Behörden wollten die Ausstellung nicht verhindern, zumal sich Beijing nach außen hin mit der liberalen Atmosphäre im Kunstbezirk schmückt. Und wenn es früher ein Vorwurf war, dass die moderne Kunst die Massen nicht erreiche und nur für ausländischen Geschmack bestimmt sei, so scheint dies jetzt eher ihre Existenz zu ermöglichen. In den neureichen städtischen Schichten entsteht zudem eine neue Käuferschicht. Die Kultur- und Bildungsausgaben der Städter steigen jährlich um zehn Prozent.

Doch es gibt auch konsequentere Zensur. So wurden vom Propagandaministerium alle Gedenkartikel und Gedenkveranstaltungen zum 40. Jahrestag des Beginns der Kulturrevolution verboten und der Zugriff auf ausländische Internetseiten zum Thema gesperrt. Dahinter könnte nach Ansicht mancher Beobachter aber auch die Befürchtung vor „linker“ Kritik an der Regierung gesteckt haben. Was Zensur ist, ist bisweilen allerdings nicht klar zu beurteilen. Ankündigungen zur Einschränkung der bei Teenagern äußerst beliebten TV-Sendung 'Super

'Girl' (dem Pendant zu 'Deutschland sucht den Superstar') wurden als solche kritisiert. Aber selbst das *Wall Street Journal* mochte sich ihr nicht ohne Weiteres anschließen. Die Beijinger Maßnahmen gegen eine weitgehend unreglementierte Sendung, an der auch Jugendliche unter 18 Jahren teilnehmen konnten, die dann für Alkohol Werbung machten, sei mehr als nur kommunistischer Paternalismus. Sie seien die Reaktion auf das zu schnelle Vordringen der Marktkräfte und die zu schnelle Übernahme internationale Inhalte, ohne dass die (sehr jungen) Zuschauer darauf vorbereitet seien. Die Maßnahmen seien daher kennzeichnend für die paradoxe Medien- und Kulturpolitik: Kommerzieller Erfolg auf der einen und Kontrolle auf der anderen Seite. Hunan Satellite TV, das 'Super Girl' produziert, erzielte im Jahr 2005 einen Profit von über 100 Mio. Yuan (12,5 Mio. US\$) mit der Sendung.

Der Regierung geht es bei der Kulturreform außerdem um die bessere Präsentation chinesischer Kultur im Ausland. Hier ist das Kulturdefizit eklatant. Nicht nur ausländische Filme sind in China sehr beliebt, jährlich werden zehnmal mehr Bücher importiert als exportiert, gegenüber Europa und den USA ist das Verhältnis sogar 100 zu 1. Veränderungen im Konzept, in Inhalt, Form und Technologie sollen auch hier Abhilfe schaffen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit Chinas soll auch im Kulturbereich verbessert werden. Teil der internationalen Kulturoffensive sind sowohl Abkommen zur Förderung des chinesischen Sprachunterrichts (wie mit den USA) als auch die Eröffnung von Konfuzius-Instituten (wie am 27. April in Berlin). Europa scheint dabei

aber nicht unbedingt der Schwerpunkt zu sein. Vor allem in Afrika und Lateinamerika hat China seine *cultural diplomacy* enorm verstärkt. (XNA, 30.3., 20.4., 2.5.06; XNA, 23.4.06, nach BBC PF, 25.4.06; FAZ, 28.4., 8., 17.5.06; Apple Daily, HK, 23.4.06, nach BBC PF, 26.4.06; WSJ, 23.3., 5.5.06)

Hochschulzugang wird wieder eingeschränkt

Der chinesische Arbeitsmarkt ist von tief greifenden Widersprüchen geprägt. Auf der einen Seite besteht besonders im Süden Chinas ein Mangel an billigen Arbeitskräften. Hier ist vor allem ein Typ von Arbeitern gefragt, der zwischen 18 und 30 Jahre alt, alleinstehend und immer bereit zu Mehrarbeit ist; ihm entsprechen 68% der Jobs in der Herstellung und 80% der Jobs im Baugeerbe. Da es seit knapp zwei Jahren immer schwerer wird, diese Arbeitskräfte in ausreichender Zahl zu finden, erwägt die Stadtregierung Shenzhens z.B. eine 23%-ige Steigerung der Mindestlöhne und Unternehmen ziehen die Verlagerung ihrer Produktion in Inlandsprovinzen oder ins südostasiatische Ausland mit geringeren Lohnkosten in Betracht.

Auf der anderen Seite haben Hochschulabsolventen Probleme, einen Arbeitsplatz zu finden, und ihre Beschäftigungsaussichten werden nicht besser. Die Nationale Reform- und Entwicklungskommission beziffert in ihrem kürzlich veröffentlichten Bericht zur Arbeitsmarktentwicklung im ersten Quartal 2006 (http://www.ndrc.gov.cn/jyysr/zhd/t20060427_67676.htm) den Bedarf an Absolventen in diesem Jahr auf 1,665

Mio., 22% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Absolventen steigt demgegenüber um 22% auf 4,13 Mio. Mit anderen Worten: 60% der Absolventen werden keinen Job finden und sich der Gruppe von Abgängern zugehellen, die in Shanghai *kenlao yizu* genannt wird: der „Stamm“, der nach dem Abschluss arbeitslos zuhause bleibt und auf Kosten der Eltern lebt. Die Konsequenz, die die Regierung daraus gezogen hat, ist die erneute Beschränkung des Hochschulzugangs. 1999 war dieser ausgeweitet worden, um mit dem Übergang von der Elite- zur Massenausbildung den Einstieg in die Wissensgesellschaft zu beginnen. Noch im letzten Jahr rühmte man sich, mit 23 Mio. Studenten die meisten in der Welt zu haben. 2005 begannen 5 Mio. Studenten ein Studium, fünf Mal so viel wie 1998. Jetzt stimmte das Kabinett Zulassungsbeschränkungen entsprechend der lokalen Bedingungen zu und forderte die Hochschulen auf, die Unterrichtsbedingungen zu verbessern, die Qualität der Ausbildung zu heben und Curricula der Nachfrage anzupassen. Außerdem soll die Verwaltung der Hochschulen strikter geregelt und die Erhebung übermäßig hoher Gebühren verboten werden. (SCMP, 8.5.06; WSJ, 10.5.06; XNA, 7., 11.5.06)

Schweres Minenunglück durchkreuzt Regierungspolitik

Die chinesische Regierung hat in den ersten fünf Monaten dieses Jahres verschiedentlich ihre Entschlossenheit betont, gegen die kleinen, vielfach illegalen und höchst unsicheren Minen, vor allem zum Kohleabbau, vorgehen zu wollen. Bis Ende 2007 will sie

alle Kohleminen mit einer jährlichen Produktionskapazität von unter 30.000 Tonnen geschlossen haben. In den ersten vier Monaten sollen bereits 5.931 Minen dichtgemacht worden sein, zusammen mit den im Jahr 2005 geschlossenen beträgt die Zahl knapp 11.000. Damit sind allerdings – nach offiziellen Angaben – noch 19.828 derartige Minen in Betrieb. Kleine Minen waren im Jahr 2005 für 5,53 Todesfälle auf eine Mio. Tonnen Kohleproduktion verantwortlich, eine 5,8 mal so hohe Zahl, wie sie für staatliche Minen gemeldet wird.

Im April kündigten sechs Partei- und Regierungsstellen außerdem an, sie wollten der Frage auf den Grund gehen, welche Interessen jeweils Regierungsbeamte an dem Betrieb einzelner Minen haben. Sie zielen damit auf einen der wesentlichen Gründe, warum diese Minen trotz der hohen Unfallraten weiter in Betrieb sind oder sogar neu in Betrieb genommen werden bzw. warum Unfälle gar nicht erst gemeldet werden. Schon bis zum 20. Januar sollen über 7.000 Beamte in Lokalregierungen und Staatsunternehmen im Rahmen der Untersuchungen der verbotenen Zusammenarbeit für schuldig befunden worden sein. Die Regierungsstellen wollen verbesserte Methoden entwickeln, um das Verbot für Kader, in Minen zu investieren, entschieden durchsetzen zu können. Auch Korruption und Landnahmen für die Minenentwicklung stellen schwere Verletzungen öffentlichen Interesses dar, stellten sie fest.

Zeitgleich veröffentlichte Angaben der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC) zeigen, dass die Investitionen in Kohleminen von 2003 bis 2005

um durchschnittlich 40% im Jahr zunehmen. Spiegelt sich hier die immer noch große Abhängigkeit der Energieversorgung in China von der Kohle wider, so verweist die NDRC zugleich auf die wachsenden Vorräte und tendenziell sinkende Preise. Überkapazitäten und Überproduktion könnten die Chance bieten, die Struktur der Kohleindustrie zu verbessern. Allerdings gibt es die gleichen Probleme auch für andere Rohstoffe wie Eisen, wo steigende Preise Anreize für lokale Beamte bieten, die gesetzlichen Beschränkungen zu ignorieren.

Am 18. Mai, d.h. am gleichen Tag, an dem die Staatliche Verwaltung für Arbeitssicherheit ihre Entschlossenheit kundtat, ihre Sicherheitsprüfungen in und Schließungen von Kohleminen zu verstärken, geschah das bisher schwerste Minenunglück in diesem Jahr. Durch eindringendes Wasser, vor dem bereits seit Tagen gewarnt worden war, wurden in einer Kohlemine in Xinjing nahe Datong (Shanxi) vermutlich 57 Minenarbeiter eingeschlossen und ertranken. Eigentümer, Manager und Lokalkader versuchten den Vorfall zu vertuschen und sogar Angehörige durch „Deportation“ zum Schweigen zu bringen; die Rede war zunächst nur von fünf Vermissten. Für die Betreiber stand vieles auf dem Spiel, produzierte die Mine doch in etwa zehn mal so viel wie offiziell genehmigt.

Wegen der Vertuschung und der Entwicklung von Lokalbeamten reagierte auch die Zentralregierung auf den Vorfall und sowohl Staats- und Parteichef Hu als auch Ministerpräsident Wen sprachen sich entschieden für Aufklärung und Strafen gegen Manager und möglicherweise in das Minen-

geschäft verstrickte Beamte aus. Die Parteizeitung *Renmin Ribao* nahm u.a. diesen Vorfall zum Anlass, um in einem Kommentar zu betonen: „Die Regierung fürchtet sich nicht davor, Probleme öffentlich bekannt zu machen“. Der Staatsrat setzte eine Untersuchungskommission ein. Bis Ende Mai wurden neun Manager der Mine festgenommen, wie auch der zunächst flüchtige Eigentümer. Außerdem wurden 19 Lokalbeamte in Haft genommen, darunter der Parteisekretär und der Bürgermeister. (XNA, 4., 14., 29.4., 18.5.06; SCMP, 18., 22., 25., 26., 29.5.06; ST, 22., 23., 26.5.06; RMRB online, 24.5.06; WSJ, 25.5.06)

Außenwirtschaft

Margot Schüller

Deutsche Unternehmen in China

Berichte über die Aktivitäten deutscher Unternehmen in China zeigen einerseits, dass der Standort nach wie vor mit großem Optimismus betrachtet wird. Andererseits wird deutlich, dass die vormalige Euphorie einer gesünderen Einschätzung der Chancen und Risiken gewichen ist.

Ein Beispiel für das wachsende Engagement in der chinesischen Industrie sind deutsche Chemieunternehmen, allen voran BASF. Ende September 2005 weihten Vertreter der BASF und des chinesischen Kooperationspartners, des SINOPEC-Konzerns, in Nanjing ein Joint Venture ein, das ein Investitionsvolumen von rd. 2,9 Mrd. US\$